

**Oester. Republik**  
 Im Einzelverkauf  
**K 500.—**  
 monatl. samt Zusend.  
**K 15.000.—**  
 Schriftleitung:  
 Wien, III., Helzgaasse 30  
 Tel.: Aut. 42-3-36.  
 Verwaltung  
 Inseraten-Aufnahme:  
 Wien, III., Helzgaasse 30  
 Tel.: Aut. 42-3-55.

# Die Neue Zeitung

Unabhängiges Tagblatt.

Das Blatt erscheint täglich einmal um 6 Uhr morgens. Montag erfolgt die Ausgabe um 11 Uhr mittags.

**Czecho-Slawische Republik**  
**40 Cz.-sl. Heller**  
 Monatsabonnent  
**12 Cz.-Kronen**  
 Stadtbureau  
 für kleine Anzeigen  
 und Abonnements:  
 Wien, I., Schulerstraße 15  
 Tel.: Aut. 77-0-91.  
 Postsparkassen-Konten:  
 deutsch.-öst. 100.088. 000.  
 21.591. böhm.-öst. 7580.

Nr. 280

Wien, Freitag, den 12. Oktober 1923

16. Jahrgang

## Der leidenschaftliche Kampf um das Ermächtigungsgesetz.

Stresemann droht mit der Auflösung des Berliner Reichstages.

(Telegraphischer Bericht der „Neuen Zeitung“.)

Berlin, 11. Oktober.

Heute hat der Reichskanzler Dr. Stresemann den Führer der parlamentarischen Parteien mitgeteilt, daß er von dem Reichspräsidenten Ebert die Ermächtigung erhalten habe, den Reichstag aufzulösen, falls dieser nicht das Ermächtigungsgesetz annehme. Da sich in fast allen politischen Lagern das Mißtrauen gegen die Politik des Reichskanzlers gleichzeitig mit einer tiefen Empörung gegen das „volks- und landesverräterische Gebaren der unzer Splitter“ Führung stehenden Schwerindustriellen geltend macht, so ist die Annahme des Ermächtigungsgesetzes, das nur zu leicht von den Einnahme-Seiten mißbraucht werden kann, eine außerordentlich heftige Belastungspforte für die deutsche Volkserrettung. Ueber Wunsch großer Parteien wurde die Abstimmung über dieses Gesetz auf Samstag verlegt.

Die heutige Sitzung nahm nachstehenden Verlauf: Der kommunistische Abg. Fröhlich führte aus, mit dem Ermächtigungsgesetz werde unter der falschen Maske der Verfassungsmäßigkeit die Einnahme-Diktatur erreicht. Das Gesetz bedeute offiziell die hochverräterischen Abmachungen der Einnahme- und Genossen mit den Franzosen. Es handle sich um eine Art von legalen Putsch, bei dem der Kommandant der Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Kommandanten der Reichswehr, General v. Seeck, handle.

Abg. Ledebour (Unabhängiger) beantragte, der Reichstag möge seine Verhandlungen solange aussetzen, bis der Reichskanzler zu den schweren Beschuldigungen des Abgeordneten Fröhlich sich äußern könne.

Präsident Ebert erklärte, der Reichskanzler werde in wenigen Augenblicken erscheinen. Er sei zum Reichspräsidenten gefahren, wozu ihn Mitteilungen über die augenblickliche Verteilung der Parteien im Reichstage und über ihre Stimmung veranlaßten. Der Präsident stellte sodann die Unterstützungsfrage zum Antrag Ledebour. In dem schwach besetzten Hause erhoben sich zur Unterstützung des Antrages Ledebour die Kommunisten, die Unabhängigen und die Deutschvölkischen sowie einige Deutschnationalen. (Heftige Mißstimmung bei den Mittelparteien.) Während der Zählung der Stimmen kamen die meisten Deutschnationalen in den Saal und nahmen auf ihren Sitzen Platz, wozu sich auch die übrigen Deutschnationalen, die sich für den Antrag erhoben hatten, niederließen, so daß der Antrag Ledebour mangels der für die Unterstützung notwendigen Zahl von 30 Abgeordneten nicht weiter zur Abstimmung gelangte.

Abg. Hennig (Deutschvölkisch) bekämpfte das Ermächtigungsgesetz. Während der Rede des Abgeordneten Hennig erschien der Reichskanzler im Saal. Die Regierungsparteien beantragten namentliche Abstimmung. Nach längeren Ausführungen des Abgeordneten Ledebour erklärte Abg. Leichter (Bayrische Volkspartei): Wir lehnen das Ermächtigungsgesetz ab, wir treiben jedoch keine Obstruktion und verlassen also den Saal nicht. Wir lehnen auch die Abänderungsanträge ab.

Abg. Freytschaid (Sozialdemokrat) sagte, auch diejenigen, welche dem Gesetz zustimmen, glauben, den Interessen des Volkes und der Arbeiterschaft zu dienen. Uns hat die ängstliche Not des deutschen Volkes dazu bewegt, dem Gesetze unsere Zustimmung zu geben. Im vollen Bewußtsein unserer Verantwortung vor der Arbeiterschaft tun wir dies, nachdem festgestellt ist, daß die Volkswirtschaft nur der gegenwärtigen Regierung erteilt wird, in der die Sozialdemokratie

vertreten ist und nachdem festgestellt ist, daß die Regelung der Arbeitszeit anderweitig erfolgt. Wir wollen dadurch einer illegalen Diktatur vorbeugen.

Es folgte sodann die Einzelberatung der Paragraphen des Ermächtigungsgesetzes. Ein Antrag der Deutschnationalen gegen die Aufhebung der Verfassungsgrundrechte durch das Ermächtigungsgesetz wurde in namentlicher Abstimmung mit 292 gegen 79 Stimmen abgelehnt. Paragraph 1 des Ermächtigungsgesetzes wurde sodann in namentlicher Abstimmung mit 253 gegen 97 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Paragraph 2 des Gesetzes wurde gleichfalls in einfacher Abstimmung angenommen. Der deutschnationale Abg. Schulz (Bromberg) erklärte: Wir stehen vor einem Beschluß von ungeheurer Tragweite, wie er wohl noch nie in einem Parlament gefaßt worden ist. Das deutsche Parlament meldet seinen Konkurs an. Diejenigen Parteien, die die Verantwortung für diesen Beschluß übernehmen wollen, müssen ihrerseits in voller Zahl ampend sein. Wir werden sie dabei nicht unterstützen und wir werden bei der Abstimmung im Saal nicht anwesend sein. Sodann verließen die Deutschnationalen geschlossen den Saal. Abg. Marx (Zentrum) beantragte, die Abstimmung auf Samstag zu verlegen. Reichskanzler Dr. Stresemann erklärte: Was die Regierung tun werde, wenn das Gesetz abgelehnt werden sollte, das wisse die Regierung und das wisse die maßgebenden Stellen. Wann die Abstimmung erfolgen solle, sei Sache des Hauses. Die Regierung habe bei dem Antrag nicht mitgewirkt.

Das Haus beschloß, sodann die Beratung auf Samstag.

## Vor einer großen Bewegung Bayerns gegen Sachsen und Thüringen?

Paris, 11. Oktober. Dem „Matin“ wird aus Mainz gemeldet, daß das Gerücht umgehe, daß in den nächsten Tagen eine große Bewegung der bayrischen Nationalisten gegen Sachsen und Thüringen beginnen werde. Hitler soll über dreihunderttausend gut bewaffnete und vollkommen organisierte Leute verfügen. Lesungen und Demonstrationen zeigen sich die kommunistischen Führer vertrauensvoll und hoffen bestimmt, dem Angriff standhalten und sich aller Eisenbahnverbindungen des Reiches bemächtigen zu können.

## Kommunistisch-sozialdemokratische Koalition in Sachsen.

Berlin, 11. Oktober. Nach einer Meldung aus Dresden ist gestern nach langen Verhandlungen die Entscheidung über die Kabinettsbildung in Sachsen gefallen. Den Kommunisten wurden das Finanz-, Volksbildungs-, Wirtschafts- und Arbeitsministerium zur Auswahl angeboten. Nach eingehender Beratung beanspruchte die K. P. D. das Finanz- und Wirtschaftsministerium. Diese wurden ihnen auch zugewilligt. Damit ist die Koalition der kommunistischen Partei mit der vereinigten sozialdemokratischen Partei in Sachsen Tatsache geworden. Der Zusammenstoß ist eine Folge der politischen Verhältnisse in Bayern.

## Scharfer Protest gegen die Unterhandlungen der Großindustriellen.

Paris, 11. Oktober. Der Allgemeine Gewerkschaftsverband hat eine Resolution angenommen, worin er gegen die Unterhandlungen der Besetzungsmächte

mit den deutschen Großindustriellen protestiert, die unter dem Schutze des französisch-belgischen Militärs die Grundgesetze des deutschen Proletariats, insbesondere den Achtstundentag und die Arbeiterkontrolle, zu unterdrücken suchen. Die Resolution verlangt die Aufhebung der militärischen Besetzung und den sofortigen Beginn von Verhandlungen mit Deutschland.

## Verchiebung der Zusammenkunft Dr. Stresemanns mit Dr. Seipel.

Zwischen dem deutschen Reichskanzler Dr. Stresemann und Bundeskanzler Dr. Seipel war für einen der nächsten Tage eine Zusammenkunft in Brno geplant. Infolge der Bergänge im deutschen Reichstag hat die deutsche Regierung die Verchiebung der Begegnung und weitere Festlegung des Zeitpunktes der Zusammenkunft vorgeschlagen.

Tiefe Zusammenkunft, welche eine Erwiderung des Besuchs Dr. Seipels in Berlin ist, wird von deutscher Seite wohl demnächst beantragt werden, die Art und Durchführung der Sanierung in Oesterreich genau kennen zu lernen.

## Nationalratswahlen — Oesterreich und Deutschland — Ungarische Auslandsanleihe.

### Ein Interview mit Bundeskanzler Dr. Seipel.

Budapest, 11. Oktober. „Az Est“ veröffentlicht ein Interview mit dem österreichischen Bundeskanzler Dr. Seipel, worin dieser unter anderem erklärte, daß das Gelingen der ungarischen Auslandsanleihe auch vom Standpunkte Oesterreichs wünschenswert sei, weil dadurch eine Belebung des Handelsverkehrs zwischen Oesterreich und Ungarn herbeigeführt würde.

Auf die Frage nach den Aussichten der österreichischen Nationalratswahlen am 21. Oktober, erwiderte der Bundeskanzler: „Ich habe die feste Zusage, daß die Bevölkerung Oesterreichs ihre Stimme denjenigen Parteien geben wird, die bisher die Stütze der Sanierungsaktion waren.“

Um die Wirkung der Vorgänge in Deutschland auf Oesterreich befragt, meinte Dr. Seipel, daß keine besondere Wirkung der deutschen Verhältnisse auf Oesterreich zu verspüren sei. Infolge der Verknappung der Rohproduktion haben einzelne Zweige der österreichischen Industrie sogar erhöhte Beschäftigungsmöglichkeiten erlangt. Im allgemeinen könne man sagen, daß Oesterreich unter dem Eindruck der Verhältnisse in Deutschland sich immer mehr vom Deutschen Reich wirtschaftlich unabhängig machen werde.

## Tagesneuigkeiten.

### Oesterreich und Japan.

Auf das Hilfsangebot Oesterreichs an Japan anlässlich der Erdbebenkatastrophe kam nunmehr die Antwort, die Entsendung von Experten und Ingenieuren sei wegen der Verchiedenheit der Sprache, der Gewohnheiten und der Lebensweise nicht zu empfehlen, wohl aber sei die Entsendung von Desinfektionsmitteln und Sanitätsmaterial erwünscht. Daher wird dieser Tag von Bundesministerium für soziale Verwaltung und vom Roten Kreuz zur Verfügung gestelltes Material, das zur Errichtung von zwei ambulanten Hilfsstationen bestimmt ist, nach Maricette abgehen, von wo es durch die japanische Schiffahrtsgesellschaft Nippon Yusen Kaisha nach Japan weiterbefördert wird. — Das österreichische Hilfsangebot hat in der japanischen Öffentlichkeit den besten Eindruck hervorgerufen.

### Die neue Urania-Uhr.

Zeit Montag ist die dem Publikum durch längere Zeit schmerzlich vermehrte öffentliche Uhr an der Außenwand des Uraniagebäudes in der Uraniastraße wieder angebraucht. Sie wurde von Herrn Ingenieur Zeller (Wien) mit einem selbsttätigen elektrischen Aufzuge versehen; das leicht ablesende Quarzpendel ist mit der mitteleuropäischen Zeit der elektrischen Zentraluhranlage der Urania synchronisiert, und zwar durch einen Elektromagneten, der das

